

Ein fester Terminplan für die Sitzungen dieser Gruppen existiert nicht. Die Gruppe „Steuerfragen“ tritt in der Regel zu ein bis zwei Sitzungen in der Woche zusammen. Die Gruppe „Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)“ hat seit ihrer Einsetzung 20 Sitzungen abgehalten. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 9. März 1998 soll diese Gruppe mindestens zweimal im Jahr auf hoher Ebene tagen, um die politische Ausrichtung der Arbeiten der Gruppe zu erleichtern.

Im Übrigen wird an die Ad-hoc-Gruppe „Bekämpfung des Steuerbetrugs“ und die hochrangige Gruppe „Besteuerung“ erinnert, die kürzlich ihre Arbeit beendet haben.

Abschließend sei noch erwähnt, dass bei der Kommission Ausschüsse und Gruppen für den Bereich Steuerfragen bestehen.

(2001/C 89 E/082)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1757/00
von Alejandro Cercas (PSE) an die Kommission

(31. Mai 2000)

Betrifft: Aufrechterhaltung der Beihilfen für den Trockenobst- und Johannisbrotsektor

Die Kommission hat die Notwendigkeit anerkannt, den Trockenobst- und Johannisbrotsektor mit den in der Verordnung über ländliche Entwicklung vorgesehenen Instrumenten zu unterstützen, da die Auswirkungen der Einfuhren weiterhin spürbar sind. Der Schalenobst- und Johannisbrotsektor hält dies nicht für ausreichend, weil die Mitgliedstaaten bereits ihre Programme für regionale Entwicklung erstellt haben und darin nicht die Mittel vorgesehen sind, die erforderlich sind, um das Überleben des Sektors zu gewährleisten. Außerdem handelt es sich hier um ein Marktproblem, dem mit marktbezogenen Maßnahmen begegnet werden sollte, die in sämtlichen Anbaugebieten auf homogene Weise angewendet werden, um nicht zu Wettbewerbsverzerrungen unter den Erzeugern zu führen.

Ist die Kommission daher nicht der Auffassung, daß für die Aufrechterhaltung der Beihilfen für den Trockenobst- und Johannisbrotsektor triftige Gründe sprechen?

Antwort von Herrn Fischler im Namen der Kommission

(11. Juli 2000)

Die Kommission verweist den Herrn Abgeordneten auf ihre Antworten auf die schriftlichen Anfragen E-524/00 von Herrn Pittella und anderen⁽¹⁾, P-989/00 von Herrn Martinez⁽²⁾ und E-1356/00 von Herrn Hernández Mollar⁽³⁾ sowie auf ihre Antwort, die sie in der Fragestunde der Sitzung des Europäischen Parlaments im Mai 2000 auf die mündliche Anfrage H-428/00 von Herrn Esteve⁽⁴⁾ erteilt hat

⁽¹⁾ ABl. C 26 E vom 26.1.2001, S. 57.

⁽²⁾ ABl. C 53 E vom 20.2.2001, S. 50.

⁽³⁾ ABl. C 81 E vom 13.3.2001, S. 29.

⁽⁴⁾ Debatten des Europäischen Parlaments (Mai 2000).

(2001/C 89 E/083)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1759/00
von Ilda Figueiredo (GUE/NGL) an die Kommission

(31. Mai 2000)

Betrifft: Europäisches Kooperationsvorhaben im Bereich der Erwachsenenbildung

Die Gewerkschaft „Sinorquifa — Sindicato dos Trabalhadores da Química, Farmacêutica, Petróleo e Gás do Norte“ (CGTP-IN) hat beschlossen, im Rahmen des PACE-Projekts (europäisches Kooperationsprojekt im Bereich der Erwachsenenbildung), das Teil der Programme Grundtvig/Sokrates/Leonardo da Vinci ist, eine Partnerschaft mit den beiden Gewerkschaften „Syndicat C.G.T. Energie et Mines, Midi, Pyrénées, Toulouse“ und „Federación de Química — C.C.I.G./Galicia“ einzugehen.

Dazu wurden entsprechende Anträge eingereicht.

Kann die Kommission Auskunft über den Stand dieser Anträge geben?

Antwort von Frau Reding im Namen der Kommission

(14. Juli 2000)

Anhand der Ergebnisse der Bewertung der Projektanträge, die für die Aktion Grundtvig im Jahr 2000 eingereicht wurden, hat die Kommission eine Auswahl der Projekte getroffen, für die sie eine Förderung vorschlägt. Das Projekt P.E.C.E.A. (Projekt-Nr. 88131-CP-1-2000-0-ES-Grundtvig-ADU) gehört zu diesen Vorschlägen.

Die ausgewählten Projekte wurden dem Sokrates-Ausschuß am 26. und 27. Juni 2000 zur Stellungnahme vorgelegt. Die endgültigen Entscheidungen werden den Projektkoordinatoren im August 2000 mitgeteilt.

(2001/C 89 E/084)

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1765/00
von Karl von Wogau (PPE-DE) an die Kommission

(31. Mai 2000)

Betrifft: Verwendung der von Tabakpflanzern einbehaltenen Prämie für Forschungszwecke

Ist der Kommission bekannt, daß seit 1999 zwei Prozent (1993-1998: ein Prozent) der Pflanzprämie für Tabakpflanzler für Forschungszwecke einbehalten werden?

Wie werden diese Mittel verwendet?

Die Mittel sind für Forschungszwecke im Rahmen des europäischen Tabakanbaus vorgesehen. Die Landesanstalt für Pflanzenbau in Forchheim/Baden ist ein Teilnehmer an diesen Forschungsprogrammen. Für Forschungsaufträge aus den Jahren 1997-1999 stehen noch über 300 000 DM aus. Für den deutschen Tabakanbau ist diese Institution existentiell wichtig.

Weiterhin wurden in den vergangenen drei Jahren wohl keine neuen Programme in diesem Forschungsbe-
reich aufgelegt. Dadurch stellt sich die Frage nach der Verwendung der aufgelaufenen Rücklagen und der
künftigen Erträge.

Antwort von Herrn Fischler im Namen der Kommission

(11. Juli 2000)

Mit der Änderung von Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 2075/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak⁽¹⁾ durch die Verordnung (EG) Nr. 1636/98 des Rates vom 20. Juli 1998⁽²⁾ wurde der Gemeinschaftliche Tabakfonds eingerichtet. Die Ziele des bisherigen Fonds wurden erweitert, und der Anteil, der zugunsten des Fonds von der jährlichen Prämie an die Tabakpflanzler einbehalten wird, wurde verdoppelt, d.h. auf 2% angehoben. Dieser Betrag beläuft sich derzeit auf 19 Mio. €. Die Kommission hat für diesen Fonds eine Durchführungsverordnung⁽³⁾ ausgearbeitet, durch die die bisherige ersetzt wird.

Die Kommission führt Aktionen durch, die aus einer „ad hoc“-Haushaltlinie „Gemeinschaftlicher Forschungs- und Informationsfonds“ (B1-175) finanziert werden. Die Mittel dieser Haushaltlinie entsprechen der Schätzung der in dem betreffenden Haushaltsjahr tatsächlich entstandenen Kosten.

Seit 1997 wurden aus dem Fonds keine neuen Vorhaben finanziert. Die verfügbaren Mittel wurden vielmehr für die Finanzierung der laufenden Vorhaben verwendet, die im Rahmen der Ausschreibungen in den Jahren 1994 und 1996 ausgewählt worden waren. Diese über mehrere Jahre laufenden Vorhaben werden durch jährliche Tranchen finanziert. Die Kommission beabsichtigt, in den kommenden Monaten neue Vorhaben aufzulegen.